

Der Brief des Dr.med. Hiob Prätorius jun.

=====

An das
Bayerische Staatsministerium
für Unterricht und Kultus
Salvatorstr.2
8000 München 2

Betrifft: Arztstelle an der Universitätsfrauenklinik

hier: Die Verfassungstreue meiner mit führenden Köpfen
unseres Gemeinwesens geteilten Ansichten

Sehr geehrte Herren,

ganz in der Tradition meines Vaters möchte ich auf der für mich vorgesehenen Stelle an der Universitätsfrauenklinik mein Bestes geben.

Ihre Unbedenklichkeitsbescheinigung, laut der ich bei der Abteilung I F 2 - 2015/5 des Bayerischen Innenministeriums noch ein unbeschriebenes Blatt bin, spricht nun den in der Öffentlichkeit so umstrittenen "Radikalenerlaß" an. Seinetwegen hatten gerade in Bayern solche Kandidaten weniger Glück als ich, denen man an Marx angelehnte, insbesondere "klassenkämpferische" und "antimonopolistische" Gedanken nachsagte.

Noch rechtzeitig gebe ich hiermit meine - dem Ärztemilieu vielleicht noch fremden, jedoch durchaus unoriginellen - gesellschaftskritischen Gedanken offenherzig zu Protokoll.

Das gebietet mir die Selbstachtung und die Fairness gegen den Dienstherrn, zumal hinter mir nicht das Gespenst der Not steht. Meine Bewerbung nimmt jene ernstesten Gründe in Anspruch, die auch Ärzte, Juristen, Ingenieure usw., denen z.B. als Vaters Junior ein höherer Verdienst winkt, zunächst den "öffentlichen Dienst" an der Gemeinschaft wählen lassen. Aber vielleicht sollte gerade der Unabhängige auf ein solches Bewerbungsverfahren überhaupt nicht verzichten und sei's nur, um seine Überzeugungen auf den Prüfstand zu legen und unser demokratisches Meinungsspektrum erhalten zu helfen. Die eigene und hochgestellter Vorbilder Ehre läßt sich hier sinnvoller durchfechten als auf dem Paukboden.

Ich schließe mich also den nachfolgend zitierten Ausführungen des Herrn Altbundeskanzlers, des Herrn Ministerpräsidenten, der Herren Bundesminister, des Herrn DGB-Bundesvorsitzenden und führender katholischer Sozialphilosophen an:

Herr Bundesfinanzminister Hans Apel wirft in "Die Neue Gesellschaft" Heft 4/73 S. 249 die Schicksalsfrage auf:

"Ist es überhaupt möglich, in unserer Wirtschaftsordnung das Kapitalverwertungsinteresse Weniger, also ihr Profitinteresse, in Übereinstimmung zu bringen mit den gesellschaftspolitischen Notwendigkeiten unserer Zeit?"

Dazu stellt der Vorstand der die Bundesregierung führenden Partei in seinem "Orientierungsrahmen '75 - '85" auf S.23 im Kap.2.3.2. fest:

"Je größer die Ungleichheit in der Teilhabe der Bürger an dem Gütern und Leistungen unserer Gesellschaft ist, desto größere Interessengegensätze trennen sie. In diesem Sinne ist die Bundesrepublik eine Klassengesellschaft geblieben."

Deshalb klagte auch der Rechtsphilosoph und Kanzleramtsminister Horst Ehmke auf dem Hannovraner Bundesparteitag der SPD von 1973:

"Eine Gesellschaftsordnung, in der ein Privatmann, möglichst noch mit Euro-Dollars, beliebige Investitionen machen kann, Verschleißproduktion, umweltfeindliche Produktion usw., und dann, wenn die Konjunktur überschäumt, werden die Mittel für Kindergärten, Schulen und Krankenhäuser gestrichen, - eine solche Gesellschaft ist weder gerecht noch vernünftig." (Protok.S.198 f.)

Eine exaktere Positionsbestimmung versucht auf dem gleichen Parteitag 1973 Herr NRW-Ministerpräsident Heinz Kühn (Prot.S.201):

"Es gibt in dieser Gesellschaft einen Klassenkampf von oben. Und es gibt auch für eine Volkspartei die Erkenntnis, daß, wer nicht die Kontrolle der Monopole über den Staat will, die Kontrolle des Staates über die Monopole wollen muß."

Schon der Namenspatron der "Fritz-Erler-Gesellschaft", Fritz Erler, hatte den Dichter Rolf Hochhuth, der 1965 im SPIEGEL seine vielbeachtete Analyse "Der Klassenkampf ist nicht zuende" veröffentlicht hatte, gegen den Vorwurf Bundeskanzler Ludwig Ehrhards, ein "Pinscher" zu sein, verteidigt:

"Der Kanzler glaubt, Marxens so oft verlästertes Ziel der klassenlosen Gesellschaft erreicht zu haben. In einem Staat, in dem Arbeiter- und Landkinder nur einen geringen Bruchteil der Studierenden und damit der künftigen Führungsschicht stellen, ist der Klassenkampf nicht zuende und kann es nicht sein." (zit.nach Rolf Hochhuth, Krieg und Klassenkrieg, rororo 1971 S.54)

Hier wird nun die marxistische Begrifflichkeit durch den Herrn Bundesvorsitzenden des DGB, Heinz-Oskar Vetter, eingebracht, u.z. in seinem Hauptreferat auf dem Außerordentlichen Bundeskongreß des DGB vom 14.-15.Mai 1971 in Düsseldorf:

"Nach wie vor wird unsere Gesellschaft von dem Grundkonflikt aller privatkapitalistischen Ordnungen beherrscht, dem Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Verfügungsmacht und Aneignung." (Protok.S. 23),

um hieran die Handlungsdevise zu knüpfen:

"...daß die Gewerkschaften vor der doppelten Aufgabe stehen, als Selbsthilfe - und Kampforganisation ihren Mitgliedern Schutz vor

den Folgen ihrer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Unterlegenheit zu gewähren sowie als politische Bewegung die gesellschaftlichen Bedingungen der Abhängigkeit und Unterprivilegierung aufzuheben." (Prot.S.11)

Noch als Bundeskanzler scheute sich Willy Brandt nicht, das Kind beim Namen zu nennen:

"Die Sozialdemokraten werden sich von keiner angeblich so wohlmeinenden Besorgnis der Gegner darin irre machen lassen, auch auf Marx zurückgehende Analysen zur Durchdringung gesellschaftlicher Probleme zu nutzen." (Willy Brandt, Festrede zum 100. Geburtstag von Otto Wels, in: Die Partei der Freiheit. Reden über August Bebel, Karl Marx, Friedrich Engels und Otto Wels, Bonn-Bad Godesberg 1974 S.66),

während der Exponent des "rechten Flügels" im Parteivorstand der SPD, Herr Bundestagsabgeordneter Bruno Friedrich, scharf pointierte:

"Karl Marx hatte in der SPD Gewicht, er hat Gewicht und wird solange Gewicht haben, solange der Mensch demokratisch unkontrollierter ökonomischer Herrschaft unterworfen ist und solange dieser Herrschaftsanspruch aus der Verfügungsgewalt über das Kapital abgeleitet wird." (Die SPD braucht mehr als Regierungstaten, in: Frankfurter Rundschau vom 13. Dezember 1973 S.16).

Schulter an Schulter mit den vom Radikalerlaß Betroffenen mußten sich führende Bundespolitiker Zweifel an der Verfassungstreue entgegenschleudern lassen, so vom CDU- Generalsekretär Prof. Kurt Biedenkopf

"Der schleichende Umsturz wird im Orientierungsrahmen '85 der SPD sichtbar." (SZ.v.17.Nov.1975 über CDU-Kongreß in Flörsheim)

und von Ministerpräsident Hans Filbinger vor der Katholischen Akademie Freiburg am 20.Nov.1975:

"Die Vertreter des sogenannten 'demokratischen Sozialismus' gehören zu den Totalitären ebenso wie die linksliberalen Radikaldemokraten." (SZ. v. 22.11.1975),

noch bevor dieser am Wahlsonntag erleben mußte, daß über 40 % der Schwaben - darunter schwäbische Beamte - gegen die "Freiheit" und für den "Sozialismus" stimmten.

Geben Sie, sehr geehrte Herren, den Verdächtigungen der Herren Ministerpräsidenten Filbinger und Goppel gegen den durch obige Zitate gekennzeichneten Gesinnungsverbund bitte keinen Raum. Eher noch radikaler äußern sich ja die führenden Katholischen Sozialphilosophen, und manchmal meine ich: wenn alle Sozialdemokraten untreu werden, so bleiben diese doch treu.

So sagte schon P.Paul Jostock S.J.:

"Wie man vom Schwinden der Klassegegensätze sprechen kann, solange sich der Boden und die übrigen Produktionsmittel im Privateigentum einer Minderheit befinden, während die Mehrheit des Volkes besitzlos dasteht, ist unerfindlich." (Gibt es noch ein Arbeiterproletariat ? in: Stimmen der Zeit, München, 1959/60, 85 Jg. S.171).

Jetzt gelang Prof.Dr. Pater Oswald von Nell-Breuning S.J. in seinem jüngsten Werk: Kapitalismus - kritisch betrachtet, Herder-Bücherei, Freiburg-Basel-Wien 1975, der kühne, alle radikalen Konzepte in sich aufnehmende Gesamtentwurf:

S.121: "Das Zwei-Klassen-Schema ist ein Modell, bei dem zu fragen ist, ob es das oder zumindest ein entscheidend wichtiges Stück von dem zum Ausdruck bringt, was für unsere heutige Gesellschaft kennzeichnend und von wesentlicher Bedeutung ist; daran ist aber im Ernst nicht zu zweifeln. Dann aber ist es nicht nur berechtigt, sondern schlechthin geboten, sich dieses Modells zur Erkenntnis und zum Verständnis unserer gesellschaftlichen Welt zu bedienen."

S.86: "Wenn ein Großteil des Staatsvolkes auf dem von der Verfassung hierfür vorgezeichneten Wege eine Änderung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung herbeizuführen strebt, dann sollte eine interessierte Minderheit den Einfluß, den sie auf Staatsorgane und politische Instanzen ausüben vermag, nicht dazu mißbrauchen, um mit Staatshilfe eine solche Umgestaltung zu verhindern oder auch nur hinauszuschieben..."

Wenn, wie üblich, überhaupt bestritten wird, daß große Unternehmen und deren Unternehmer "Macht" ausüben, so fragt man sich, ob das wirklich ernst gemeint sein kann oder was eine solche, die Unglaubwürdigkeit auf der Stirne tragende Behauptung überhaupt soll. Solange wir eine kapitalistische Wirtschaft haben, d.h. das Kapital in der Wirtschaft tonangebend und führend ist, wird das Kapital auch über den Rahmen der Wirtschaft hinaus Einfluß ausüben und gegenteilige Einflüsse zurückdrängen (genau darin besteht "Macht"); sollte es jemals zu einer laboristischen Wirtschaft kommen, dann wird die "Arbeit", d.h. werden deren Repräsentanten ganz ebenso legitim und ebenso unvermeidlich solchen Einfluß ausüben. ...wollen die Jusos mit ihrem "Stamokap" ausdrücken, daß sich der Monopolkapitalismus auf den Staat, auf die Rechtsordnung, auf dessen wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Maßnahmen stützt, so haben sie nur ein Kürzel erfunden für eine jedermann von jeher bekannte Tatsache... Wer aber kein aus dem Kapitalismus heraus- oder über ihn hinausführendes Modell anzubieten hat, der hat kein Recht, seinen Fortbestand dem Treiben finsterner Mächte zuzuschreiben."

Dies alles sind m.E. keine marginalen, sondern höchst substanzielle Aussagen zum Verfassungsleben, die ich als meine eigene präzierte Überzeugung entgegenzunehmen bitte. Der Ladung zu einem mündlichen Anhörungstermin könnte ich keine Folge leisten, da dies ja voraussetzt, daß an die zitierten Grundsatzserklärungen so erlauchter Persönlichkeiten und Träger unseres Gemeinwesens, deren Ehre ich hier und jederzeit mit Löwenmut verteidige, Zweifel an der Verfassungstreue geknüpft werden. Ein solches Ansinnen müßte schon mit Rücksicht auf die genannten Herren einer gesonderten gerichtlichen Prüfung zugeführt werden.

Wegen der bisherigen "Radikalenpraxis" und ihrer nun für mein Fortkommen akut werdenden Gefahren beantrage ich jedoch gleichzeitig beim Verwaltungsgericht München - 5. Kammer - die Einstweilige Anordnung meiner vorläufigen Einstellung, das heißt die summarische Vorwegprü-

fung der verfassungsrechtlichen Unanfechtbarkeit meiner und meiner Vorbilder zitierten Überzeugungen. Sicher haben auch potentiell betroffene Sinnesverwandte - ob nun in entsprechenden Verbänden organisiert oder nicht - ein Interesse an dieser gerichtsförmigen Klärung.

Sollte mein Antrag mangels Rechtsschutzbedürfnisses abgewiesen werden, weil die oben bekundeten Überzeugungen schlechthin ungeeignet sind, Zweifel an der Verfassungstreue zu begründen, wäre dies die gewünschte anständigste Alternative und ein rechtsstaatlich weitreichender Bezugsfall.

An die oben unter Bezug genommenen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens versende ich gleichzeitig das folgende gleichlautende Schreiben:

"Hochverehrter Herr Altbundeskanzler,
sehr geehrte Herren Bundesminister,
sehr geehrter Herr Bundesvorsitzender,
hochwürdigste Herren Professoren,
sehr geehrter Herr Abgeordneter,

ich habe hier ein Verfahren durchzustehen, das auch für Sie von großem Interesse sein dürfte.

Unterlagen füge ich bei. Über den Fortgang des Verfahrens, insbesondere über die Ihre Person, Ihr Werk, Ihre Ehre und Ihre Verfassungstreue betreffenden Kontroversen werde ich Sie selbstverständlich auf dem Laufenden halten.

In solidarischer Verbundenheit
Ihr sehr ergebener

gez. Dr.med. Hiob Prätorius jun."

In der aufrichtigen Meinung, Ihnen, sehr geehrte Herren, der Sache nach keinerlei Konfliktstoff, sondern nur die Ihnen und mir geschuldete Offenheit entgegengebracht zu haben, bin ich

mit vorzüglicher Hochachtung
Ihr sehr ergebener

gez. Dr.med. Hiob Prätorius jun.